

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG
Rhein-Erft-Kreis
70-6/05/0013/22

Auf der Grundlage des § 10 Abs. 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist i.V.m. §§ 8, 9 und 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist sowie des § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die MVV Windenergie GmbH, Luisenring 49 in 68159 Mannheim, hat am 19.09.2022 beim Landrat des Rhein-Erft-Kreises gemäß § 16b BImSchG den Repowering-Antrag zur Errichtung und Betrieb von 1 Windenergieanlage in einer Konzentrationszone der Stadt Bergheim, Gemarkung Hüchelhoven, Flur 6, Flurstücke 265 und 266, gestellt.

Die Errichtung und der Betrieb der Windenergieanlage stellt ein Vorhaben gemäß Nr. 1.6.2 des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist, dar und bedarf daher einer immissionschutzrechtlichen Genehmigung.

Der Rhein-Erft-Kreis ist nach der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens zuständig.

Der Antragsteller beantragt die Durchführung des Genehmigungsverfahrens nach § 19 Absatz 3 BImSchG und § 7 Absatz 3 UVP als förmliches Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Pflicht zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung ist insoweit gegeben.

Die wichtigsten Anlagendaten lauten:

| | |
|------------------------|------------|
| Anlagentyp: | GE 5.5-158 |
| Nabenhöhe: | 161 m |
| Dreiflügeliger Rotor | |
| Rotordurchmesser: | 158 m |
| Gesamthöhe der Anlage: | 240 m |
| Nennleistung: | 5,5 MW |

Sofern die Genehmigung erteilt wird, ist die Inbetriebnahme der Anlagen ist für das 4. Quartal 2025 vorgesehen.

Es wurde ein UVP-Bericht vorgelegt. Dieser und der Genehmigungsantrag nebst zugehörigen Unterlagen, die das Vorhaben, seinen Anlass, die von dem Vorhaben betroffenen Grundstücke und Anlagen sowie seine Auswirkungen etc. erkennen lassen, liegen gemäß § 10 Absatz 4 BImSchG in der Zeit vom

30.11.2022 bis einschließlich 29.12.2022
(außer samstags, sonntags und feiertags)

an folgenden Stellen nach vorheriger Terminabsprache zur Einsicht aus:

| | |
|--|---|
| Rhein-Erft-Kreis Willy-Brandt-Platz 1 50126 Bergheim Amt 70 , Raum 3 A 62 | Montag bis Donnerstag: 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr Freitag: 09:00 Uhr bis 12:30 Uhr |
|--|---|

Aufgrund der Beschränkungen durch das Coronavirus zum Betreten des Kreishauses sollte eine telefonische Anmeldung unter Tel.-Nr. 02271/83-17069 erfolgen.

Zusätzlich sind die Unterlagen auf der Seite des Rhein-Erft-Kreises unter <https://rhein-erft-kreis.de/der-rheinerftkreis-seine-verwaltung/informationen-aktuelles/bekanntmachungen> veröffentlicht.

| | |
|---|--|
| Stadtverwaltung Bergheim Bethlemer Str. 9-11 50126 Bergheim Abt. Planung und Umwelt, Zimmer 190 Telefon 02271/89-157 | Montag bis Mittwoch: 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr Donnerstag: 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr 13:30 Uhr bis 17:45 Uhr Freitag 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr |
|---|--|

Eine telefonische Vereinbarung unter der angegebenen Telefonnummer ist wünschenswert.

Zusätzlich ist auf der Homepage der Kreisstadt Bergheim unter dem Register „Rathaus - Rat und Verwaltung - Bekanntmachungen“ ein Link zum Amtsblatt des Rhein-Erft-Kreises hinterlegt.

| | |
|--|--|
| Stadtverwaltung Pulheim Alte Kölner Straße 26 50259 Pulheim 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie | Montag bis Mittwoch: 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr Donnerstag: 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr Freitag 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr |
|--|--|

Es besteht die Möglichkeit einer Terminabsprache. Die Terminabsprache kann telefonisch oder per E-Mail erfolgen; Termine werden angeboten während der Dienststunden. Die Terminvereinbarung ist möglich unter folgenden Kontaktdaten:

Telefon 02238-808-257 (Silvia Friedrich)

E-Mail: silvia.friedrich@pulheim.de oder stadtplanung@pulheim.de

Zusätzlich ist auf der Homepage der Stadt Pulheim unter <https://www.pulheim.de/stadtrat-verwaltung/stadtverwaltung/oeffentliche-bekanntmachungen.php> ein Link zum Amtsblatt des Rhein-Erft-Kreises hinterlegt.

| | |
|--|---|
| Gemeinde Rommerskirchen Rathaus / Bahnstraße 51 41569 Rommerskirchen 30 Rechtsamt | Montag, Dienstag und Donnerstag: 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 14:30 Uhr Mittwoch und Freitag: 08:30 Uhr bis 13:00 Uhr |
|--|---|

Aufgrund der Beschränkungen durch das Coronavirus ist eine Terminvereinbarung (telefonisch oder per E-Mail) notwendig.

Telefon: 02183/800-34

E-Mail: oguz.sarikaya@rommerskirchen.de

Der Bekanntmachungstext sowie entsprechende Links zu den Antragsunterlagen und zum UVP-Bericht sind ebenfalls über das UVP-Portal unter <https://www.uvp-verbund.de/portal/> verfügbar.

Die auszulegenden Unterlagen beinhalten insbesondere folgende Unterlagen:

- Projektbeschreibung
- Stoffangaben
- Anlagenspezifika
- Koordinaten
- Sicherheitseinrichtungen
- Immissionsschutzgutachten
- Angaben zu Abschaltmechanismen
- Artenschutzfachliche Prüfungen
- Umweltgutachten: Landespflegerischer Begleitplan und Umweltverträglichkeitsprüfung
- Karten zum Vorhaben
- Bauvorlagen
- Baulasten
- Erschließungsmaßnahmen
- Arbeitsschutz
- Unterlagen zur Standsicherheit
- Angaben zum Anlagenrückbau
- Denkmalrechtliche Prognose

Gemäß § 10 Absatz 3 BImSchG, § 12 Absatz 1 Satz 2 der 9. BImSchV und § 21 UVPG können ab dem ersten Tag der öffentlichen Auslegung am 30.11.2022 bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich zum

30.01.2023

Einwendungen bei den oben genannten Stellen schriftlich gegen das Vorhaben erhoben werden oder elektronisch über die E-Mail-Adresse 70@rhein-erft-kreis.de.

Die Einwendungen sind rechtzeitig erhoben, wenn sie innerhalb der Einwendungsfrist eingegangen sind. Mit Ablauf der vorgenannten Frist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen (§ 10 Absatz 3 BImSchG).

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass beabsichtigt ist, die Einwendungen an den Antragsteller zur Stellungnahme weiterzuleiten und dass auf Verlangen des Einwenders Namen und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens darüber, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird, um die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern (§ 10 Abs. 6 BImSchG, § 12 Abs. 1 Satz 2 der 9. BImSchV). Beim Erörterungstermin soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben werden, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Entscheidung, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird, wird öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) vom 20. Mai 2020 können bei der Ermessensentscheidung auch geltende Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie und das Risiko der weiteren Ausbreitung des Virus berücksichtigt werden.

Sollte ein Erörterungstermin mit dem Antragsteller und denjenigen, die rechtzeitig gegen das Vorhaben Einwendungen erhoben haben, stattfinden, kann dieser im Wege einer Online-Konsultation durchgeführt werden (§ 5 PlanSiG). Soll hiervon Gebrauch gemacht werden, wird der Termin hierfür mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekanntgemacht. Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen erhoben haben oder Stellungnahmen abgegeben haben, werden vor der Online-Konsultation hierüber benachrichtigt. Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und des Trägers des Vorhabens mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Gemäß § 5 Absatz 4 PlanSiG werden für die Online-Konsultation den zur Teilnahme Berechtigten, die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen zugänglich gemacht. Ihnen wird innerhalb einer vorher bekannt zu machenden angemessenen Frist Gelegenheit gegeben, sich schriftlich

oder elektronisch dazu zu äußern. Der eingetretene Ausschluss von Einwendungen bleibt hiervon unberührt.

Die Zustellung der Entscheidung über den Antrag und die Einwendungen kann gemäß § 10 Absatz 4 Nr. 4 BImSchG durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Bergheim, den 17.11.2022

Landrat des Rhein-Erft-Kreises
Im Auftrag
gez.
Dämmig